Vitamin Charité
Das Blatt zur Stärkung der Abwehrkräfte
„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ – Karl Marx

Betriebsflugblatt der rso
revolutionär sozialistische organisation
bei Charité & CFM

08. Februar 2023

Wir haben die Wahl? Uns den Streiks anzuschließen

In diesen Tagen kann man es deutlich spüren. Man steht nicht allein mit seinen Sorgen angesichts der geradezu explodierenden Kosten für Miete, Lebensmittel und Energie. Oder der Sorge, den Anforderungen auf Arbeit nicht mehr gewachsen zu sein, unter der Belastung zusammenzubrechen. Oder mit der Feststellung, für die viele Arbeit keine ausreichende Wertschätzung zu bekommen.

Da stoßen Kaltfront und Warmfront zusammen

Tausende streiken diese Woche in Berlin für ihre Forderungen. Die Kolleg:innen von DHL-Post streik(t)en diese Woche für 15% Lohnerhöhung. Die Antwort des Managements bisher? Die Forderung sei unrealistisch. Und dass bei einem Konzerngewinn von über 8 Milliarden Euro im Jahr 2022!

Im Öffentlichen Dienstes gibt es in Berlin am 9. Februar den ersten gemeinsamen Warnstreik. Bei der Berliner Stadtreinigung, den Krankenhäusern, den Wasserbetrieben, der Hochschule HTW, dem Studentenwerk usw. geht es um 10,5% Erhöhung, mindestens aber 500 Euro mehr, was für die meisten das wichtigste Ziel ist. In der Verhandlungsrunde Ende Januar gab es als Reaktion der Chefs vom Arbeitgeberverband und der Bundesinnenministerin die Aussage, dass solche Lohnerhöhung nicht leistbar wäre. Die Kommunen hätten nicht ausreichend Finanzen. Ach ja?

Die Lehrer:innen in Berlin streiken diese Woche zum wiederholten Male für eine Entlastung durch Verkleinerung der Klassengröße. Die Antwort einer Expertenkommission zum Bildungssystem ist an Arroganz kaum zu überbieten. Sie schlägt die Erhöhung der Stundenzahl je Lehrer:in, eine Vergrößerung der Klassen und hybriden Unterricht vor. Bei diesem soll die Lehrkraft eine Klasse in der Schule und eine Zweite per Videoschalte unterrichten.

Bei den Bahner:innen steht die Lohnrunde bevor. Egal was die Forderungen sein werden, wir kennen schon die Reaktion von Management und Politik.

Jetzt geht es um uns

Wir sind nicht schuld an der Steuerpolitik, die den extrem reichen Unternehmensfamilien ihr Vermögen belässt und zu „armen“ öffentlichen Kassen führt. Wir sind nicht schuld an der verwirrenden Finanzverteilung zwischen Bund, Länder und Kommunen. Wir sind nicht verantwortlich für eine Politik, die auf kurzfristige Einsparungen orientiert und damit zum Ausbluten der öffentlichen Daseinsfürsorge geführt hat. Wir sind nicht schuld an einer Politik, die Gewinne in Milliardenhöhe kaum besteuert und in einem Subventionswirrwarr auch noch Geld an Konzerne wie RWE überweist. Die Deutsche Bank fuhr 2022 einen Gewinn von über 5 Mrd. Euro ein, RWE 3,2 Mrd. Euro, VW 17 Mrd. Euro usw. Für viele große Konzerne endete 2022 mit Rekordgewinnen.

Andererseits werden die Preise noch lange hoch bleiben. Die Vermieter fragen auch nicht, ob wir uns die Miete leisten können. Als es um 100 Mrd. für die Rüstung oder „Entschädigung“ für den Ausstieg aus Atomenergie und Kohleabbau ging, war die Politik sehr kreativ, viel Geld locker zu machen. Nun verlangen wir nur einen Bruchteil dieser Summen. Ob wir unsere Forderungen durchsetzen, hängt allein von der Kraft ab, die wir entwickeln. Und da gilt nun mal: Gemeinsam sind wir stärker.

Was nun am 12. Februar in Berlin wählen?

Eine der Senatsparteien? Oder die bisherige Opposition? In Berlin hat der Senat in den letzten 20 Jahren – egal in welcher Zusammensetzung der Parteien - Tarifflucht durch Ausgründung von Betrieben begangen, Personal abgebaut, den Volksentscheid „Deutsche Wohnen enteignen“ torpediert, die weitere Privatisierung der S-Bahn vorangetrieben usw. Die jeweilige Opposition klatschte Beifall oder versprach das Blaue vom Himmel, wenn sie doch nur regieren würde. So wie jetzt wieder wiederholt sich das Spiel: Kurz vor den Wahlen haben sie alle viel Verständnis für unsere Forderungen und geben die Schuld den jeweils anderen Parteien. Dieses Blabla nervt nur noch. Sie sind ja nicht mal mehr in der Lage, eine Wahl zu organisieren...

Bitter wäre es, wenn ausgerechnet die rechten Parteien von der Unzufriedenheit mit dem Berliner Senat profitieren würden. Auf dem Wahlzettel finden sich einige kleine sich antikapitalistisch verstehende und für soziale- und Klimagerechtigkeit stehende Parteien. Warum nicht dort das Kreuz setzen? Eine verlorene Stimme wäre es nur dann, wenn wir es beim Ankreuzen belassen, statt für unsere Interessen in den Betrieben zu kämpfen. Und das ist sowieso das Wichtigste, das zählt!

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

Start frei!
Am 09.02.2023 geht es los. Der erste gemeinsame Warnstreiktag in der Tarifrunde 2023 soll ordentlich Druck auf die Chefs beim Arbeitgeberverband VKA und die Innenministerin Faeser. erzeugen. Gemeinsam mit Kolleg:innen der BSR, den Wasserbetrieben, von Vivantes, den Beschäftigten des Studentenwerkes usw. lassen wir die Arbeit liegen und gehen auf die Straße. Unser Lohn reicht nicht mehr für Miete, Energie und Lebensmittel. Am 29.01.2023 beschlossen ca. 300 Streikdelegierte auch, den Kampf für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zusammen mit den Kolleg:innen bei der Post und den streikenden Lehrer:innen zu führen. Denn gemeinsam sind wir stark.

Einmal Pflegekraft immer Pflegekraft
Es ist noch nicht lang her, da gings ohne Patientenmanager:innen nicht mehr. Der Takt auf den Stationen sollte ja verkürzt werden, jedes Bett möglichst optimal belegt und verplant werden. Für manch Kolleg:in eine gute Chance, dem Schichtdienst zu entgehen oder trotz gesundheitlicher Einschränkungen weiter zu arbeiten. Schon bald hieß es für sie, ran an den Schreibtisch und die geforderte Fortbildung absolvieren. Und nun? Frau Eysel hat ganz agil nachgezählt und entwickelte eine Idee. Das sind ja viele Pflegekräfte, die doch wieder am Bett arbeiten sollen. Es könnten doch auch MFAs zu PMs werden. Nun folgen Einzelgespräche in Mengen. Uns scheint, das war eine Schnapsidee von Frau Eysel und wir wetten schon darauf, wie viele PMs ihrem Wunsche nachkommen. Übrigens: Sich beim Gespräch vom Personalrat begleiten zu lassen, ist sicher sinnvoll.

Versprechen und Versprecher
„TVÖD – für alle an der Spree!“ Das war die Losung, als vor der letzten Wahl in Berlin mit den Krankenhaustöchtern für die Eingliederung gestreikt wurde. Jetzt versprechen die Koalitionsparteien die vollständige Eingliederung der Töchter – bis 2026! Offensichtlich sollte nicht nur die versemmelte Wahl in Berlin wiederholt werden, auch so ein gemeinsamer Streik wäre wohl gar keine schlechte Idee. Denn warum schieben die das so lange raus? Nun, die Antwort die die Servicetochter des Bergmann-Klinikums in Potsdam jetzt bekam, bietet eine Erklärung – wegen Wettbewerbsrecht dürften keine Zuschüsse von Stadt und Land für die Personalkosten bewilligt werden solange die Töchter nicht vollständig eingeliedert sind. Im Westen also nichts Neues – gespart wird auf Kosten des Personals. Zumindest so lange wir uns das gefallen lassen.

Jedes Schlupfloch für die Pflegekräfte schließen
Frau Eysel hat neben ihrer Suche in der Charité nach Pflegekräften, die nicht direkt am Patientenbett arbeiten noch eine Superidee. Es kann doch nicht sein, dass die Leute sich einfach Jobs mit besseren Arbeitsbedingungen und höherem Lohn aussuchen. Ja richtig, in der Pflege bieten das zur Zeit vor allem die Leasingfirmen. Dazu fällt ihr ein, die könne man doch komplett aus dem System drängen durch hohe Auflagen oder sogar dem Verbot von Leasing in der Pflege. Wir erinnern uns nur zu ungern, auch Frau Heepe fuhr schon diese Linie. Leider stehen die beiden damit nicht allein, sondern haben in diesem Punkt auch noch Fürsprecher:innen im Berufsverband DbfK oder der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Vitamin-C history
Fritze Ebert war ein ehrlicher deutscher Gastwirt und Chef der SPD. Als 1918 die Matrosen meuterten und die Arbeiter:innen streikten, verriet er dem Prinzen Max von Baden „Ich hasse die Revolution wie die Pest.“ Also ließ er sich zum Chef der Revolutionsregierung wählen und sorgte gleichzeitig über seine Verbindungen zum Militär dafür, dass die revolutionäre Rosa Luxemburg erschossen und in den Landwehrkanal geworfen wurde.

Karl Lauterbach ist ein ehrlicher deutscher Arzt und SPD-Gesundheitsminister. Als die Pflege meuterte und die Ärzt:innen streikten, da erklärte er öffentlich, das DRG-System sei die eigentliche Ursache für die Probleme. Im Dezember verkündete er „eine Revolution im Gesundheitswesen“. Schauen wir uns allerdings sein Konzept genauer an, dann bleiben zwei Drittel der Finanzierung DRG-gestützt …

Kurz vor den Wahlen: Wiedereingliedern?
Uiuiui, bald wird wieder gewählt in Berlin und wie immer merken alle Parteien vor allem auf Wahlveranstaltungen, wie wichtig es doch wäre, die Krankenhaustöchter von Charité und Vivantes wieder einzugliedern! Das die Löhne der Beschäftigten an den renommierten Kliniken aber jetzt schon kaum zum Leben reichen oder das die Wiedereingliederung uns schon Mal versprochen wurde (vorletzter Koalitionsvertrag) wird unter den Teppich gekehrt. Wir Kolleg:innen brauchen jetzt Lohnerhöhungen und keine leeren Verprechen! Daher sollten wir nicht bis 2026 darauf hoffen, sondern kontinuierlich Druck aufbauen: 500€ mehr muss unsere Forderung sein! Und dafür müssen wir schon dieses Jahr gemeinsam mit anderen Berufsgruppen kämpfen.

Awards für Oben, Streiks für Unten
Ne Ehemalige der Charité (Andrea Schmidt-Rumposch) hat dieses Jahr den Pflegemanagement-Award abgesahnt. Die Streiks im Öffentlichen Dienst zeigen jedoch: während die einen Awards bekommen, müssen die anderen aufgrund dieser „preisgekrönten“ Politik streiken.

Der Kampf geht weiter!
In Großbritannien reißt die Streikwelle nicht ab: Am 6. Februar legten die Pflegekräfte und die Rettungssanitäter:innen gemeinsam die Arbeit nieder: der größte Streik in der Geschichte des britischen Gesundheitsdienstes. Einst als vorbildlich gepriesen, ist der NHS seit Jahren absichtlich stark unterfinanziert. Die Zustände in den Kliniken und Notaufnahmen sind für das Personal und die Patient:innen untragbar. Sinnbildlich dafür sind die Bilder von Rettungswagen, die sich vor den völlig überforderten Notaufnahmen stauen. Der Kampf für höhere Löhne und Entlastung geht nun in eine neue Runde: seit Monaten weist die Regierung die Forderungen als untragbar zurück. Die Bewegung wird aber immer stärker - auch für die kommenden Wochen sind Streiks angekündigt - nicht die Forderungen sind untragbar, die Zustände sind es!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter…

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click
V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin